

Für eine aktive und kompetente Teilhabe aller an resilienten digitalen Gesellschaften:

DIE NOTWENDIGKEIT VON MEDIEN- UND INFORMATIONSKOMPETENZ FÜR ALLE ALTERSGRUPPEN

Einleitung

Kontext

- Ein auf den Menschen ausgerichtetes digitales Europa
- Menschenrechte, Teilhabe und Wohlbefinden älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung
- Medien und Informationen: Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft

Das Recht auf Teilhabe an digitalen Gesellschaften

- Einbeziehung geeigneter Ziele und Initiativen für ältere Menschen in die Maßnahmen zur Digitalisierung
- Daher fordert die ESU, dass ...

Fazit

Einleitung

Die digitale Technologie hat über die Jahre unsere Welt und unsere Art zu leben verändert. Während der jüngsten Covid-19-Pandemie waren digitale Informationen und digitale Kommunikation und alle Arten digitaler Werkzeuge mehr als jemals zuvor von entscheidender Bedeutung. Wir alle sind unvermeidlich Teil dieses digitalen Wandels geworden, und deshalb ist die digitale Bildung im digitalen Zeitalter zu einem kategorischen Imperativ geworden.

Es wurde klar, dass der Zugang zum Internet als ein „Allgemeingut“ von gleicher Wichtigkeit wie Strom oder Wasser betrachtet werden muss. Als die Pandemie über Europa hinwegfegte, war das Internet der Schlüssel zu Informationen, zum Lernen, zum Handel, zur

Telearbeit, zum Einkaufen und Spielen und zu anderen Unterhaltungsformen. Der Zugang zum Internet ist aber auch zur Kommunikation mit geliebten Menschen, zum Feiern, zum Gedenken, zur Informationsbeschaffung zu Gesundheits- und Dienstleistungsangeboten notwendig. Die digitale Verbindungsfähigkeit und die häufige Nutzung des Internet wurden nicht nur im beruflichen Zusammenhang notwendig, sondern „jeder Einzelne“ sollte in der Lage sein, das Internet zu nutzen und in die digitale Welt einzutreten. Das trifft noch nicht auf jeden Bedarfsträger, insbesondere nicht auf große Seniorengruppen, zu. Die gestiegene Nutzung digitaler Werkzeuge zeigt die Chancen der Digitalisierung, macht aber auch die Anfälligkeit unserer Gesellschaften für neue digitale Ungleichheiten sichtbar.

Ältere Menschen ziehen häufig keine Vorteile aus dem Potenzial, das die Digitalisierung bietet, bleiben offline oder verfügen zu Hause aus unterschiedlichen Gründen über keine Breitbanddienste. Dadurch sind ältere Menschen stärker von sozialer Ausgrenzung bedroht, weil die digitale Ausgrenzung und die soziale Ausgrenzung untrennbar miteinander verbunden sind. Es geht dabei um eine Gesamtverantwortlichkeit für den Schutz der Menschenrechte eines jeden, auch des Rechts zum Online- oder Offline-Austausch und zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Dieser digitale Wandel könnte erst der Anfang sein. Es werden noch viel mehr digitale Neuerungen auftauchen und die Welt und unser Alltagsleben beeinflussen. Da immer mehr Informationen digitalisiert werden, werden unsere Bürgerinnen und Bürger einen weiteren digitalen Wandel in ihrer Arbeit und ihrem Leben erleben.

Deswegen hat sich die Europäische Senioren-Union (ESU) intensiv mit dem Thema Digitalisierung auseinandergesetzt. In einer neueren Erklärung zum Thema „Ältere Menschen und digitale Inklusion in der heutigen Informationsgesellschaft“ (23. März 2021) ruft die ESU Regierungen und Interessenträger dazu auf, die notwendigen Instrumente für die Entwicklung vertrauenswürdiger digitalisierter Gesellschaften und die Inklusion aller – auch ausnahmslos der älteren Generationen im digitalen Zeitalter – zu fördern und zu schaffen.

Jeder hat das Recht, in Würde zu altern, seine Erfahrungen zu teilen und seine Fähigkeiten zur Teilhabe in allen Bereichen der Gesellschaft zu entwickeln, auch in einer sich ständig verändernden, digital transformierten Welt. Die ESU und ihre Mitgliedsverbände sind bereit, die notwendigen Einrichtungen in ihrem Lebensumfeld zu fördern und zu schaffen, um ihre Mitbürger in die Lage zu versetzen, ihre Fähigkeiten, insbesondere ihre digitalen Medien- und Informationskompetenzen, zu optimieren, um sich den digitalen Herausforderungen zu stellen und die Chancen der Konnektivität in der heutigen Gesellschaft zu nutzen.

In dieser hier vorgelegten Resolution haben wir den Bedarf an einer Befähigung zur Medien- und Informationskompetenz für alle hervorgehoben. Ein Zugang zum Internet und die Notwendigkeit grundlegender Medien- und Informationsfertigkeiten stellen die ersten Schritte zur Nutzung und zum Verständnis digitaler Kommunikation im privaten und öffentlichen Bereich sowie zur Bekämpfung der jüngsten Zunahme von Internetbetrug, Desinformation, Falschinformation, Hassrede und Online-Mobbing dar.

Wir beginnen mit einer Skizzierung von neueren politischen Entwicklungen, die Senioren und die Digitalisierung berühren. Im Folgenden beleuchten wir unsere Bedenken und Vorschläge zur Berücksichtigung von Senioren als Zielgruppe bei der Förderung der Medien- und Informationskompetenz. Nicht zu vergessen ist natürlich, dass nicht nur Staaten und Regierungen auf verschiedenen Ebenen eine Rolle einzunehmen haben, sondern auch öffentliche und private Interessenträger sowie Vereinigungen der Zivilgesellschaft, zu der auch die ESU zählt.

Kontext

Der Mensch im Mittelpunkt eines digitalen Europas

Die Digitalisierung hat das Potenzial, Lösungen für viele der Herausforderungen zu bieten, vor denen Europa und die Europäer stehen. Angetrieben durch die COVID-19-Pandemie arbeitet die EU an der Beschleunigung des technologischen Wandels. Die Wahrung der gemeinschaftlichen Werte sowie der Grundrechte und der Sicherheit der Bürger sind wesentliche Elemente des digitalen Übergangs.

Die Digitalisierung ist ein wesentlicher Teil der Antwort der EU auf die durch COVID-19 verursachte Wirtschaftskrise. Die Pandemie hat die Notwendigkeit, die digitale Umstellung in Europa zu beschleunigen, noch dringlicher gemacht.

Im Einklang mit früheren Optionen und Plänen und angesichts der enormen Veränderungen, die COVID-19 mit sich gebracht hat, hat die EU kürzlich mehrere Pläne auf den Weg gebracht, wobei die EU-Kommission ein auf das digitale Zeitalter vorbereitetes Europa als eine ihrer sechs übergeordneten Prioritäten schaffen will.

Der Digitale Kompass 2030 konkretisiert die digitalen Ambitionen der EU für 2030. Die Vision baut auf der Strategie zur Gestaltung der digitalen Zukunft Europas auf, die der übergreifende Rahmen bleibt. Die Europäische Kommission hat das Bestreben der EU dargelegt, Digitalisierungsstrategien zu verfolgen, die es Einzelpersonen und Unternehmen ermöglichen, sich in Richtung einer nachhaltigen und gedeihlicheren digitalen Zukunft, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht und niemand abgehängt wird, zu bewegen.¹

Der digitale Wandel der EU dreht sich um vier Hauptsäulen: Fertigkeiten, Regierungen, Infrastruktur und Geschäft. Das erste Ziel, eine digital gebildete Bevölkerung (mindestens 80 % aller Erwachsenen sollten bis 2030 über digitale Grundkenntnisse verfügen), ist sehr wichtig und wir begrüßen es, jedoch vermissen wir Hinweise auf Altersgruppen. Menschen, die in der nachberuflichen Phase stehen, müssen gemäß der ESU beim Erwerb digitaler Grundkenntnisse wie alle sonstigen Altersgruppen auch Unterstützung finden. Auch folgt die Integration von Menschen über siebzig dem dringenden Bedürfnis, alle Altersgruppen in eine gebildete Bevölkerung einzubeziehen.

Digitale Kompetenz muss in unserer Zeit als eine der wichtigsten Kulturtechniken wie Lesen und Schreiben betrachtet werden, die ein Fenster zur Welt öffnet und Wissen und Informationen sowie Kultur und Unterhaltung entsprechend den individuellen Interessen und Ansprüchen jedes Bürgers bietet.

Zur Förderung digitaler Fertigkeiten und digitaler Kompetenzen wurde bereits 2019 ein Aktionsplan Digitale Bildung (2021-2027) von EU-Präsidentin Ursula von der Leyen angekündigt. Der Aktionsplan, der vom Kollegium der Kommissare am 30. September 2020 angenommen wurde, ist eine langfristige politische Initiative zur Unterstützung der nachhaltigen und effektiven Anpassung der Bildungs- und Ausbildungssysteme der EU-Mitgliedstaaten an das digitale Zeitalter und bietet eine strategische Vision für eine qualitativ hochwertige, inklusive und zugängliche digitale Bildung in Europa und zur Bewältigung der Herausforderungen der COVID-19-Pandemie.

¹ Siehe: [Europas Digitale Dekade: digitale Ziele für 2030](#)

Wir begrüßen diese EU-Initiativen, die Möglichkeiten für eine verbesserte Qualität und Quantität des Unterrichts im Bereich der digitalen Technologien bieten. Aber fast alle Initiativen und Maßnahmen beziehen sich auf Aspekte des Wirtschaftslebens, des Lebensumfelds von Männern und Frauen während ihrer beruflichen Tätigkeit, der formalen Bildung und Ausbildung, die sich auf die Verbesserung der individuellen Kompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit und die Optimierung des Berufs- und Wirtschaftslebens konzentrieren.

Menschenrechte, Teilhabe und Wohlbefinden älterer Menschen im Zeitalter der Digitalisierung

Der Grundsatz, dass „jeder“ Zugang zu digitaler Technologie benötigt, wird in den jüngsten Schlussfolgerungen des EU-Rates anerkannt, aber oft fehlen konkrete Maßnahmen für ältere Menschen und benachteiligte Gruppen.

Von besonderem Interesse sind die Schlussfolgerungen des Rates bezüglich „Menschenrechte, Teilhabe und Wohlbefinden älterer Menschen im Bereich Digitalisierung“, angenommen am 12. Oktober 2020, welche als Grundlage für weitere Maßnahmen in der EU herangezogen werden. Die Schlussfolgerungen des Dreivorsitzes (Deutschland, Portugal, Slowenien) aus Dezember 2020 knüpfen an diese allgemeinen Perspektiven an.

Der Dreivorsitz ruft zu Folgendem auf (Punkt 10): *„Die digitale Kluft zwischen den älteren und jüngeren Generationen sowie zwischen älteren Frauen und älteren Männern ist zu schließen, und zwar insbesondere durch Stärkung verschiedener Aus- und Fortbildungsformen, durch Angebote im Rahmen des lebenslangen Lernens und der Weiterentwicklung von Fertigkeiten.“*² In diesen Dokumenten und in fast allen internationalen Dokumenten zur Digitalisierung ist der Leitgedanke der „digitalen Inklusion aller Menschen“ enthalten. Auch im Aktionsplan für digitale Bildung wird die Notwendigkeit der Digitalkompetenz skizziert und gefördert, jedoch sind die Strategie- und Aktionspläne fast vollständig an einen formalen Unterricht und formale Bildung gebunden, wobei ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Verbesserung individueller Kompetenzen und der Beschäftigungsfähigkeit liegt. Es fehlt eine anschauliche Analyse der Probleme älterer Menschen beim Einstieg in das digitale Lernen und bei ihrer Einbeziehung in die digitale Gesellschaft.

Eine konsequente Zusammenarbeit zwischen europäischen und einzelstaatlichen NRO bei den europäischen Grundrechten kann einen weitreichenden Einfluss erlangen, wenn sich die EU-Gesetzgebung zur Digitalisierung auf die ältere Bevölkerung auswirkt.

Alle EU-Institutionen und alle Mitgliedsstaaten müssen sicherstellen, dass alle Bürgerinnen und Bürger von der Digitalisierung profitieren, für die digitale Gesellschaft qualifiziert sind und ihre Rechte sowohl online als auch offline wahrnehmen können — was für ältere Menschen besonders wichtig ist, ebenso wie für ärmere Bevölkerungsgruppen und Menschen, die in abgelegenen, nicht digitalisierten Gebieten leben. Die EU teilt diese Bestrebungen und politischen Strategien mit anderen internationalen Einrichtungen (UNESCO, UNECE, Europarat usw.), wenn es darum geht, die Verantwortung für den Schutz der Menschenrechte einschließlich der Verbesserung der digitalen Kompetenzen zu übernehmen. Kürzlich haben die Mitgliedstaaten des Europarats ([Ministerkonferenz über Künstliche Intelligenz — Intelligente Politik, Herausforderungen und Chancen für Medien und Demokratie](#) am 10.

<https://www.bmfsfj.de/resource/blob/163906/c2173339af6c7568dbd168b29a31b06e/trio-presidency-declaration-on-ageing-data.pdf>

und 11. Juni 2021) ihr Engagement für den Schutz der Menschenrechte in einer neuen digitalen Gesellschaft zugesagt, in der die Menschen Zugang zu den neuen Medien und digitalen Technologien haben, diese nutzen und verstehen, kritisch denken, diese analysieren und informierte Entscheidungen treffen. Sie wollten sicherstellen, dass „Senioren und andere gefährdeten Personengruppen über das Wissen, die Fertigkeiten und das Bewusstsein für einen sicheren und sachkundigen Zugang zu Rechten und deren Anwendung in der digitalen Welt verfügen“.

Falls ältere Menschen keinen Zugang zu Technologien und nicht die notwendigen Schulungen erhalten, werden sie von der Gesellschaft ausgeschlossen, was zu einer Verschlechterung des schon jetzt besorgniserregenden Trends zur Isolation und Einsamkeit bei vielen älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen führen würde.

Wird für Vertrauen in den Digitalisierungsprozess sowie in funktionierende demokratische Kontrollsysteme gesorgt, kann das diejenigen überzeugen, die vor Gefahren und negativen Auswirkungen auf die Gesundheit und das soziale Leben Angst haben. Dadurch wird es unumgänglich, dass Regierungen und verantwortliche Einrichtungen allen Bürgern und Bürgerinnen die Vorteile und den öffentlichen Nutzen digitaler Errungenschaften verdeutlichen. Dazu zählt der große Fortschritt bei der Telemedizin als auch der Künstlichen Intelligenz und dem „Internet der Dinge“; hier werden insbesondere für die älteren Menschen und Pflegebedürftigen Lösungen angeboten, wodurch ihnen die Möglichkeit eröffnet wird, solange wie möglich im eigenen Zuhause zu bleiben.

Ebenso wichtig ist der Aufruf der ESU an alle älteren Bürger und Bürgerinnen in Europa, mit dem digitalen Zeitalter mitzugehen und sich dem Erlernen, Einüben und Praktizieren der neuen Technologien nicht zu verschließen, um daraus die bestmöglichen Vorteile für das eigene Leben zu ziehen. Die Mitgliedsorganisationen der ESU können hier eine große Hilfestellung leisten, um ältere Menschen in ihren Heimatländern zu motivieren und miteinzubeziehen.

Ergänzend werden einzelstaatliche und internationale Einrichtungen von Regierungen bis hin zu Stadtverwaltungen, vom öffentlichen bis hin zum privaten Sektor, von der Industrie bis hin zur Wirtschaft dazu gedrängt, für Mitteilungen und Informationen auf Papier für all diejenigen zu sorgen, die hierauf angewiesen sind.

Medien & Informationen: Eckpfeiler einer demokratischen Gesellschaft

Redefreiheit – online und offline – ist eine der Grundvoraussetzungen für Fortschritt in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft. Als Quelle freier Informationen, als Plattform für Debatten und Überlegungen nehmen die Medien eine herausragende Rolle ein und tragen dazu bei, die Bürger zu informieren und zu selbstständigem Denken zu befähigen, die Transparenz und die demokratische Rechenschaftspflicht zu stärken, oft auch durch ihre Rolle als öffentlicher Wächter.

Die massive Digitalisierung der letzten Jahre hat einen erheblichen Einfluss auf die Medienlandschaft und die Ausübung der Meinungsfreiheit und anderer Menschenrechte. Suchmaschinen und Social-Media-Plattformen haben weitgehend die Rolle der traditionellen Medien übernommen. Wichtige Akteure haben ein Umfeld geschaffen, in dem die sich ausbreitenden Phänomene von Propaganda und Desinformation gedeihen. Mangelnde Transparenz, Hassrede und soziale Polarisierung schaffen ein mediales Umfeld „gestörter Informationen“.

Gleichzeitig nehmen im digitalen Zeitalter die Bedrohungen für Grundrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu. Große Teile der Öffentlichkeit wenden sich den sozialen Medien als Hauptinformationsquelle zu, sind aber anfällig für gestörte Informationen. Der Schutz des Rechts auf freie Meinungsäußerung ist oft unter Beschuss. Die Bekämpfung dieser Phänomene der Fehlinformationen („Fake News“) ist nicht nur für den Bereich der Menschenrechte relevant, sondern ist auch ein grundlegender Faktor bei der Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Sie trägt zur Wahrung der Bürgerrechte auf Informationsvielfalt bei und ermöglicht damit fundierte Entscheidungen, die die Bausteine einer pluralistischen und demokratischen Gesellschaft ausmachen.

Die Freiheit der Medien, die Vielfalt der Medienlandschaft, die Sicherheit von Journalisten, die Auswirkungen der wachsenden Phänomene von Propaganda, Hassrede und Desinformation sind nicht nur mit der Rolle von Journalisten und Nachrichtenproduzenten verbunden. Es betrifft alle Mitglieder der Gesellschaft als wesentliche Bestandteile unserer Grundrechte in Europa.

Das Recht auf Teilhabe an digitalen Gesellschaften

Medien- und Informationserziehung sollte sich an alle Mitglieder der Gesellschaft gleichermaßen richten, wobei alle diesbezüglichen Maßnahmen diskriminierungsfrei auf der Gleichwertigkeit aller Menschen beruhen müssen. Sie sollte Teil der Lehrpläne in Schulen sein, während des gesamten Arbeitslebens als Teil des lebenslangen Lernens weitergeführt und als Ziel in öffentliche Informationskampagnen und informelle Lernsituationen aufgenommen werden. Regierungen auf allen Ebenen, Medienanbieter, zivilgesellschaftliche Verbände und alle Interessengruppen müssen sich dafür verantwortlich fühlen, jedem die notwendigen Werkzeuge zur Ausschöpfung des Potenzials von Medien und Informationen an die Hand zu geben. Digitale Lernstrategien sollten ein integraler Bestandteil eines altersgerechten, auf die Lerner ausgerichteten Bildungsansatzes sein, bei dem der persönliche Kontakt zwischen Kindern, Schülern und Lehrern erhalten bleibt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass für ältere Menschen geeignete und gezielte Maßnahmen ins Spiel kommen müssen, da sie sonst wahrscheinlich die größten Leidtragenden der digitalen Transformation sein werden.

Digitale Fertigkeiten gehen über die Anforderungen des Arbeitsmarktes hinaus. Sie eröffnen den Menschen aller Altersgruppen Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe und geben den Menschen mehr Mitspracherecht im politischen Entscheidungsprozess (siehe [Digitale Plattform zur Konferenz zur Zukunft Europas](#)). Sie müssen die Rechte und Möglichkeiten zur persönlichen Entfaltung gewährleisten und die persönliche Belastbarkeit, kritisches Denken und das Innovationspotenzial unterstützen.

Es ist von größter Wichtigkeit, dass jeder Mensch in der Lage ist:

- auf das Internet zuzugreifen. Ein massiver Ausbau der technischen Infrastruktur ist eine wichtige Prämisse, um die notwendige Infrastruktur für die Erschließung und Anbindung ländlicher Gebiete für dezentrale Produktionsstätten (Breitband) zu schaffen. Ohne eine flächendeckende Breitbandversorgung in ganz Europa – in städtischen und ländlichen Gebieten gleichermaßen – wird es keine erfolgreiche Digitalisierung geben.
- technische, kognitive und soziale Fertigkeiten und Kompetenzen zu entwickeln, die es jedem ermöglichen, Medieninhalte zu verstehen, kritisch zu analysieren und zu bewerten,
- die Fähigkeiten zu entwickeln, seine Privatsphäre in einem öffentlichen Raum zu schützen,

- informierte Entscheidungen auf Grund von kritischen Analysen des Inhalts und der Medien und der Umwelt zu treffen,
- die ethischen Auswirkungen von Medien und neuen Technologien und die Erstellung von Inhalten in der neuen Medienumgebung zu verstehen.

Durch geeignete Initiativen zum Aufbau von Kapazitäten müssen die EU, Regierungen und alle Beteiligten die Entwicklung von Medien- und Informationskompetenzen bei älteren Menschen unterstützen. Ältere Menschen haben das Recht, an allen Bereichen der Gesellschaft teilzuhaben und ihre Fähigkeiten voll zu entwickeln. Ebenso haben sie das Recht, ohne Altersdiskriminierung oder sonstige diskriminierende Äußerungen zu leben und alt zu werden. Wenn sie bei der Ausübung dieses Rechts in einem sich ständig verändernden gesellschaftlichen Umfeld Hilfe benötigen, liegt es in der Verantwortung der Regierungen, die Hindernisse zu beseitigen und ältere Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen, um sie in die sich ständig verändernde Gesellschaft einzubeziehen. Ältere Menschen sind dazu bereit. Außerdem sind nicht nur die Regierungen für die Gestaltung und Organisation dieser Initiativen verantwortlich. Auch nichtstaatliche Vereinigungen haben eine maßgebliche Rolle zu spielen. Die ESU wird eine gemeinsame Strategie zum Austausch von bewährten Praktiken und zur Unterstützung freiwilliger Initiativen des lebenslangen Lernens mit dem Ziel der digitalen Kompetenz erarbeiten.

Einbeziehung geeigneter Ziele und Initiativen für ältere Menschen in die Maßnahmen zur Digitalisierung

Die Beherrschung digitaler Technologie ist zu einem wesentlichen Bestandteil der vollen Teilhabe an der Gesellschaft geworden. Wenn wir älteren Menschen keinen Zugang zu Diensten und Schulungen in Technologie anbieten, erhöht sich das Risiko der sozialen Ausgrenzung und Vereinsamung und es stellt sich ein Gefühl der Unsicherheit oder mangelnder Orientierung ein. Dies kann sogar zu einer Gefährdung der wirtschaftlichen und politischen Stabilität von EU-Mitgliedstaaten führen. Digitale Inklusion ist eine entscheidende Voraussetzung für Konnektivität und Teilhabe an der Gesellschaft sowie dafür, an diese einen Beitrag zu leisten. Es liegt an den nationalen Regierungen in Europa, ihren Bürgern und Bürgerinnen dies zu ermöglichen. Es liegt an den Digitalanbietern und Akteuren, Raum für den Zugang und das Lernen aller Generationen einschließlich älterer Menschen, gefährdeter Gruppen und der wachsenden Anzahl von Menschen mit Gedächtnisstörungen zu schaffen.

Der europäischen Politik wird nachdrücklich empfohlen, konkrete Maßnahmen für die ältere Bevölkerung in ihre zukünftigen Pläne aufzunehmen, wie z.B. die Ausstattung von Seniorenheimen mit Laptops oder Tablets (wie bei Schulen), die Installation von Breitband- und WLAN-Netzen in allen wichtigen Einrichtungen, in denen ältere Menschen leben oder wirken.

Hierbei müssen europaweit sämtliche städtischen sowie ländlichen Gebiete und Regionen gleichermaßen eingeschlossen werden.

Die EU wird ebenfalls aufgerufen, Konzepte zur Stärkung einer generationsübergreifenden Zusammenarbeit und Solidarität zu erarbeiten, um die Anforderungen des neuen digitalen Zeitalters gemeinsam zu meistern.

Die ESU ist überzeugt, dass für eine aktive und kompetente Teilhabe die Einbeziehung der älteren Generation nicht nur ein Recht eines jeden Menschen ist, sondern auch ein Gewinn für die Gesellschaft. Eine Demokratie kann keine resiliente Gesellschaft sein, wenn ältere Menschen abgehängt werden. So

sind beispielsweise bei allen Wahlen die über 60-Jährigen die größte Altersgruppe der Wähler. Zudem sind sie wichtige Verbrauchergruppen, die für eine Erholung und globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft in der Zukunft sorgen werden.

Daher fordert die ESU, dass ...

- Studien zur Nutzung digitaler Werkzeuge und zum Wissen über die Digitalisierung nicht nur Altersgruppen bis zu 70 oder 75 Jahren sondern „alle Altersgruppen“ umfassen sollen und dass der Ausschluss älterer Menschen aus Studien als Altersdiskriminierung angesehen werden soll.
- das von Vizepräsident D. Šuica angekündigte „Weißbuch zum demografischen Wandel“ spezifische und umfassende digitale Lernangebote für ältere Menschen enthalten soll. Die Europäische Kommission betont stärker denn je die Bedeutung einer ins Zentrum gerückten Alterspolitik und fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, diesem Trend zu folgen, was auch die ESU als aktiver Partner der Zivilgesellschaft gerne unterstützt.
- entsprechende Initiativen zu ergreifen sind, die in dem angekündigten Aktionsplan für digitale Bildung (siehe [Aktionsplan für digitale Bildung, 2021-2027](#), Priorität 2, Aktion 10) vorgestellt werden sollen, die sich an der formalen Bildung, den Lehrplänen und der Ausbildung von Lehrern in Schulen und formalen Lerneinrichtungen orientieren. Die Zusammenarbeit von regionalen und lokalen Regierungen zusammen mit freiwilligen Initiativen kann sicherlich vielfältige Situation, in denen beide Seiten voneinander lernen, bieten.
- Die Europäische Kommission sollte jeden Mitgliedstaat dazu ermutigen und dabei unterstützen, die digitale Fitness und die Bedürfnisse seiner älteren Bevölkerung zu bewerten und gezielte Programme zur Weiterbildung / Neuqualifizierung, die den individuellen Bedürfnissen jedes Landes am meisten entgegenkommen, auszuarbeiten und umzusetzen. Dies wird für eine Inklusivität und soziale Integration sorgen.
- All dies sollte sobald wie möglich für eine breite Offensive für Initiativen auf verschiedenen staatlichen Ebenen und in der Zivilgesellschaft sorgen und könnte ebenfalls in die Vorgaben des Europäischen Semesters aufgenommen werden.

Fazit

Bei weltweiten Initiativen zur Förderung der Medien- und Informationskompetenz sollte sich Europa auf die seit 2012 von der UNESCO koordinierte, jährlich stattfindende „Globale Woche für Medien- und Informationskompetenz“ konzentrieren. (Dieses Jahr findet sie vom 24. bis 31. Oktober 2021 statt). Sie unterstreicht die Bedeutung der Medien- und Informationskompetenz als Bestandteil der Medien- und Kommunikationspolitik und des Rechts auf Bildung. Die ESU ruft alle Interessengruppen dazu auf, Initiativen zur Stärkung von Menschen aller Altersgruppen und zur Gewährleistung der Rechte älterer Menschen auf größtmögliche Teilhabe an den heutigen digitalen Gesellschaften zu ergreifen. Digitale Kompetenz ist für alle Staaten und Bürger von grundlegender Bedeutung und unverzichtbar, um ein Verständnis für die Risiken und Chancen der digitalen Technologie zu entwickeln. Es ist eine gemeinsame Verantwortung:

Niemand darf abgehängt werden!